

Posener Zeitung.

N^o 7.

Mittwoch den 10. Januar.

1849.

Inland.

Berlin, den 9. Dec. Se. Durchlaucht der Erbprinz von Preussen, ist von Frankfurt a. M. hier angekommen. — Se. Excellenz der Kaiserlich Oesterreichische Wirkliche Geheime Rath und Gouverneur von Steyermark, Graf v. Wickenburg, ist nach Hamburg abgereist.

†* Bromberg, den 7. Jan. Der patriotische Verein nimmt hier die Wahlen mit außerordentlicher Energie in die Hand; vorigen Mittwoch und Freitag fanden Versammlungen statt, in denen man sich zu einem Wahlverein konstituirte. Eine außerordentliche Menge von Wählern war erschienen, so daß der ziemlich bedeutende Lonsche Saal sie kaum zu fassen vermochte. Nachdem man sich schon Mittwoch über die leitenden Ideen geeinigt und den Grundsatz an die Spitze gestellt hatte: Mit Gott, für König und Vaterland! wurde am Freitag zu der Wahl eines Central-Wahl-Ausschusses geschritten. Bromberg ist in 9 Wahlkreise eingetheilt, von denen jeder 1000 bis 1400 Seelen enthält; sämtliche Wahlkreise werden 38 Wahlmänner zu wählen haben. Aus jedem dieser 9 Wahlkreise wurde nun ein Urwähler in diesen Central-Wahl-Ausschuß gewählt; die Gewählten machten dann ein schon vorher verfaßtes Programm über die Organisation des Wahlvereins und seine Tendenzen bekannt. Im Wesentlichen wurde als Absicht hingestellt, in jedem der Wahlbezirke wie der einen Bezirks-Ausschuß von 8—12 Mitgliedern zu konstituiren, der dann in Gemeinschaft mit dem Central-Ausschuß die Verwaltung übernimmt, die Urwähler, so weit als möglich, über den Wahlakt aufzuklären und mit diesen sich über die zu wählenden Wahlmänner und den Deputirten zu verabreden, damit die Wahl nicht wieder, wie das letzte Mal, mehr oder minder vom Zufall abhängt. Die Wahl der Bezirks-Ausschüsse ist nun gestern Abend erfolgt, nachdem die gleichgesinnten Urwähler von den 9 Central-Wahl Ausschüß-Mitgliedern gleich in der Freitagversammlung zu diesem Zwecke in bestimmte Lokale eingeladen worden waren. Die vereinten Ausschüsse halten von jetzt ab jeden Montag und Mittwoch, Abends 7 Uhr, ihre Versammlungen. Um dieselbe Stunde hatte übrigens am Freitag der „Verein für Volksrechte“ eine Sitzung im Wilschenschen Saale, um sich über die leitenden Principien zu einigen. Gestern hat dieser Verein auch eine Deputation an den Herrn Generalleutnant v. Wedell gesandt und gebeten, es dem Militär durchaus freizustellen, welchem Vereine es sich bei den Vorberatungen anschließen wolle. Der Herr General von Wedell erbat sich darauf das Programm des Vereins und da er gegen dasselbe nichts zu erwähnen fand, so sagte er die Erfüllung der Bitte zu. Uebrigens ist es nicht zweifelhaft, daß der Mehrzahl nach Wahlmänner der konservativen Partei, und daher auch wahrscheinlich ein konservativer Deputirter, aus der Wahl hervorgehen werden.

SS Meseritz, den 7. Januar. Von der bevorstehenden Nationalversammlung erwarten wir die Vollendung der konstitutionellen Ordnung des Staats, deren Bau unser König auf wahrhaft breiter Grundlage begonnen hat; — mit Recht wendet sich daher unsere ganze Aufmerksamkeit den Wahlen zu.

Und wir haben Ursache, auf unserer Hut zu sein, da die Partei der Radikalen nur zu geschäftig ist, die Konflikte zu erneuern, welche Preußen in den Abgrund des Verderbens geführt hatten.

Gar wohl erkennen wir, daß noch einige Punkte der Verfassung mit dem Geiste des Ganzen in Uebereinstimmung zu bringen sind. So erhebt sich am Art. 105. dem Staatsministerium vorbehaltene Recht der „provisorischen Gesetzgebung“ die Zurückführung auf ein richtiges Maas. — Die passive Wahlfähigkeit zur ersten Kammer (in der wir allerdings das conservative Element des Bestandes, gleichzeitig aber auch die Intelligenz vertreten wissen wollen) dürfte richtiger von einem mäßigem Vermögensbegriffe, Einkommen oder Steuerzensus abhängig gemacht werden, und dagegen, den absoluten Reichthum ausschließend begünstigende Bestimmung, wonach die Deputirten weder Diäten, noch Reisekosten erhalten, aus der Verfassung zu entfernen sein. — Abgesehen aber von allem dem, so erhält die Verfassung von den, durch sie bereits bedingten, aber noch zu beratenden organischen Gesetzen offenbar erst ihren praktischen Werth.

Wir erkennen also durchaus nicht die Größe und Bedeutung der noch zu lösenden Aufgabe; — aber gerade deshalb fühlen wir die Nothwendigkeit um so dringender, diese Arbeit Männern zu übertragen, die sie zu lösen verstehen und, frei von Haß, Rachsucht, Parteiverblendung, Dünkel und bösem Willen, in friedlicher Vereinigung mit unserem Könige, auch lösen wollen.

Das Wirken der aufgelösten Versammlung hat dem Volke der Preußen gelehrt, was es jetzt selbst und seiner Ehre schuldet; ohne Zweifel wird es diese Erkenntnis bei den neuen Wahlen benutzen, und dadurch eine Wiederholung des entwürdigenden Schaupiels vorbeugen, in welchem Haß gegen die Krone die ersten Stellen besetzte und eine Partei des Umsturzes sich zum gemeinsamen Wirken mit einer Fraktion verband, die aus dem Schutte des preussischen Staats die Bausteine der neuen politischen Existenz ihrer Nation gewinnen zu können vermeinte.

Noch ist des Aufruhrs Stut um uns her unter der Asche nicht erloschen, und der Haß haucht seinen heißen Athem hinein, um sie zur Flamme anzublazen; es ist an uns, ihrem Umsichgreifen zu wehren! —

Glücklicherweise hat unter den jüngsten Stürmen das Bewusstsein in alle Schichten sich Bahn gebrochen, daß das Wirken des Mannes nicht auf die enge Sphäre der Familie sich beschränkt, daß vielmehr jeder Bürger des Staats dem Vaterlande, das ihn gebar, zum Schilde zu dienen berufen ist; — die Phalanx der Ordnung und der friedlichen Entwicklung ist gewachsen.

Nöge denn Alles sich rufen zum entscheidenden Kampfe, Alles sich scharen um das Banner unseres konstitutionellen Königs! — Er mag erkennen, daß der Kern des Volks ihm ergeben in unwandelbarer Treue beharrt und Verleumdung, Lüge und Verrath mit Verachtung von sich stoßt!

Damit wir das erreichen, mag jeder Wahlkörper von dem Manne, den er zum Deputirten zu wählen gedenkt, die Erklärung fordern:

1) daß er der konstitutionellen Monarchie aus Ueberzeugung anhängt, sie also wahrhaft und dauernd will und nicht etwa bloß als Uebergangsstadium zur Republik betrachtet;

2) daß er von der unfruchtbarsten Frage, ob der König die Verfassung, welche die aufgelöste Nationalversammlung mit ihm vereinbaren sollte, rechtsgültig selbst verleihen (oktroiren) konnte, ganz absehen will, daß er demnach die Verfassung vom 5. Decbr. als den dermaligen Rechtsboden des Staats betrachtet;

3) daß er der Krone diejenige Kraft nicht entziehen lassen will, deren sie bedarf, um ihre Existenz zu behaupten und auf geselligem Wege Ruhe und Ordnung im Staate zu handhaben, daß er uns überhaupt, in gleichem Maße, vor Erneuerung der Anarchie wie vor Gegenkonstitutionalismus zu bewahren gesonnen ist;

4) daß er in der endlichen Annahme der Verfassung durch die Nationalversammlung die Vollendung des Vereinbarungsgeschäftes erkennt, wodurch der Vertrag zwischen Krone und Volk rechtsgültig abgeschlossen wird.

Auf diese Weise werden wir vor Doppelzüngigkeit und Täuschung bewahrt und erhalten Deputirte, wie wir sie bedürfen. Vor sich thut Noth in einer Zeit, wo die Leiter des Frankfurter März-Vereins alle Welt mit ihren schadelnden Correspondenzen erfüllen und der gesunden Vernunft des Volks ihre grelle Anschauungsweise auferzugen wollen!

Frankfurt a. M., den 4. Januar. 146te Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Vorlesender: Ed. Simon. Ueber den Bericht des Biedermannschen Ausschusses wird die Verathung eröffnet. Das Erachten des genannten Ausschusses lautet dahin:

„Daß die hohe Versammlung über den Antrag des Abgeordneten Wesendonck, die Auflösung der Preussischen Nationalversammlung und die Octroirung einer Verfassung für Preußen betreffend, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Sache zur Tages-Ordnung übergehen möge.“

Die mehrfachen dazu gestellten Verbesserung-Anträge sind von sehr verschiedener Art. Die dem Ausschusse-Erachten zunächst stehende Meinung geht auf motivirte Tagesordnung. Auf der anderen Seite aber wird verlangt, daß die Preussische Verfassung, weil sie octroirt worden sei, als eine eines freien Volkes unwürdige und daher ungültige bezeichnet werde. Von zehn gegen das Ausschusse-Erachten eingezeichneten Rednern erhält zuerst Wesendonck das Wort. Der Ausschussbericht sei unklar. Er reihe eine Menge von Fragen an einander, deren Beantwortung er schuldig bleibe, und der daran geknüpft Antrag scheine sich die Entscheidung des Bundestags in der hannoverschen Verfassungsfrage zum Muster genommen zu haben. Die Preussische Verfassung ist keine vorläufige, sondern eine endgültige, die nur durch die Uebereinstimmung beider Kammern abzuändern sein soll. Dies Zweikammer-System widerspricht dem Grundsatz, nach welchem die Verfassung Preußens von einer Kammer zu errichten war. Der Rechtsboden ist mithin schon in diesem Punkte verletzt, und von der Seite dieses Hauses, die beständig von sich verkündete, sie stehe auf dem Rechtsboden, erwarte ich, daß sie sich in der vorliegenden Frage treu bleiben werde. Es sei kein Kläger vorhanden, wendet man ein. Handelt es sich denn aber um eine Civilsache? Außerdem bin ich, der Antragsteller, Preussischer Staatsangehöriger, und allerdings sind Beschwerden wider die octroirte Verfassung beim Hause eingegangen von Raumburg, Reisse und anderen Orten her. Der Steuerverweigerungs-Beschluß, den man den Preussischen Volksoverrettern zu so schwerem Vorwurfe macht, ist nichts als eine Konsequenz des Beschlusses, der das Ministerium Brandenburg für ein hochverrätherisches erklärte. An Hochverräther zählt man keine Steuern. Dazu ist die octroirte Verfassung nicht erst ausgearbeitet worden, nachdem die äußersten Konflicte eingetreten. Sie war längst vorbereitet und vorhanden. Sie ist wohl selbst aus Einflüssen hervorgegangen, die in diesem Saale ihren Ursprung haben (Unruhe). Die Verweigerung der Thesaurer, von der die Amerikanische Erhebung datirt, rühmt man uns. Was geschah denn in Preußen Anderes? Die octroirte Verfassung wird mit Unrecht eine freisinnige genannt. Die erste Kammer stellt die Bevorzugung des Reichthums wieder her, und was die Grundrechte anbelangt, so tritt sie in Widerspruch selbst zu den in Frankfurt getroffenen Bestimmungen. Das Petitionsrecht z. B. wird nur den anerkannten Corporationen zugesprochen, und Volksversammlungen unter freiem Himmel bedürfen einer vorläufigen Anzeige. Das absolute Veto, welches wir hier verworfen haben, in der Preussischen Verfassung findet es seinen Platz. Wäre aber die Verfassung selbst eine freisinnige zu nennen, so wird sie allen

Anzeigen nach nicht gehalten werden. Alle Verfügungen des Ministers Minteln erinnern an das alte System, an das System der Despotie. Dazu kommt ein neuerlicher Armeebefehl, der den Offizieren verbietet, von einer anderen politischen Meinung als ihr König zu sein (Bewegung und Widerspruch), dazu der königliche Neujahrsgruß an das Heer, worin auf die Märzbewegung herabgeblickt wird, als auf eine Empörung. Selbst das Vertrauen auf die Redlichkeit und Unabhängigkeit der Gerichte ist vernichtet. Sie sinken zu Polizeianstalten herab. Unter den verschiedenen Anträgen, die Ihnen vorliegen, scheint mir der des Abgeordneten Hsland der empfehlenswerthe, der von der Ansicht ausgeht, was in Preußen geschehen, das sei ein Verfassungsbruch. Das Ministerium Brandenburg habe nichts für das Wohl des Landes gethan, wohl aber die Berliner Versammlung, die ihre Zeit wahrhaftig nicht verhandelt habe. Die Gründe der Auflösung, die man vorgeschoben habe, seien falsch. Sprache man es aus durch einen Beschluß, daß die Preussische Regierung abermals ihr Wort gebrochen, die Berliner Versammlung aber sich um das Vaterland verdient gemacht habe. (Lebhafter Beifall von der Linken und von der ungesperrten Gallerie, die auf Anlaß der heutigen Verhandlung mit einem überaus zahlreichen Publikum besetzt ist.)

X. Hain aus Halle, der von den Rednern der anderen Seite auf Wesendonck folgt, hätte gewünscht, daß sein Vordränger jede Beziehung auf den Rechtsboden vermieden hätte. Die Vereinbarung mit dem Volke, die an der Preussischen Verfassung vermischt werde, sei allerdings vorhanden. Denn von allen Seiten strömten die Zustimmungsadressen den König, nachdem er mit der Verfassung hervorgetreten. Die Preussische Regierung hat das Recht der rettenden That ausgeübt, dies Wort eines uns Allen verehrten Mannes (Biedermanns bekanntlich) enthält die allein richtige Bezeichnung. Erklären Sie die Preussische Verfassung für nichtig, so werden Sie Ihr kühnes, aber auch Ihr letztes Wort gesprochen haben. Wollen Sie im Interesse des Vaterlandes, im Interesse der Einheit handeln, so werfen Sie keinen Makel auf eine Krone, die wir bald suchen werden. Gehen Sie dem Ausschusse-Antrage gemäß zur einfachen Tagesordnung (Beifall und Zischen).

Heinrich Simon: Zweimal haben Sie die Gelegenheit, Deutschland zu retten, in eine Gelegenheit verwandelt, sich selbst zu vernichten. Jetzt liegt Deutschland zu Boden, den Wühlereien der Diplomaten preisgegeben und an den widerstrebenden Interessen von dreißig Dynastien zersplitternd. Aber ich kann Sie nicht mehr auffordern, Deutschland zu retten, denn der Augenblick dazu ist vorbei, weil Sie neun Monate lang den Ursprung Ihrer Wahl, den Willen des Volkes, vergessen haben. Was hat es Ihnen nun geholt, daß Sie den Regierungen so sorgfältig schonende Rechnung tragen? Es gehört Ihnen auch keine einzige, wie der Redner aus den Erklärungen und Maßregeln der einzelnen Deutschen Staaten darzuthun sucht. Das ist die Folge Ihrer Halbheit, mit der Sie unter Anderem zugleich das Preussische Volk und die Regierung verletzten, indem Sie die Steuerverweigerung verwarfen und zugleich auf Entfernung des Ministeriums Brandenburg drangen. Solon nannte die Verfassung die beste, wo die Rechtsverletzung auch des geringsten Bürgers die strengste Abnung nach sich zöge. Wenden Sie jetzt diesen Grundsatz auf das Preussische Volk an. Der König hat dort seinen Zusicherungen zuwider durch Octroirung alle Souveränität an sich gerissen. Ich sage aber: wehe dem Volke, welches das Entwürdigende nicht fühlt, was in solchem Verfahren liegt, wehe dem Volke, dem der Titel gleichgültig ist, durch den es sein Heiliges erhält! Die Gewalt hat gestiftet, das ist die Wahrheit, und von keinem Nothrechte der Regierung kann die Rede sein, wie sehr auch hier die Berliner Versammlung geschmäht worden ist und so auch wieder im Ausschusse-Berichte. Der Preussischen octroirten Verfassung war es vorbehalten, die köstliche Pariser Erfindung des Belagerungszustandes mitten im Frieden unter die Märzerrungenschaften aufzunehmen. (Bewegung und Bravo.) Außerdem weise die Verfassung auf so viele organische Geseze hin, die erst noch zu erlassen seien, daß es gottlich erst noch Alles im Vorbehalte sei, und die erste Kammer, ihrem Wahlgesetze gemäß, aus der Bourgeoisie und dem grundbesitzenden Adel gebildet, werde die Krone wohl nicht in den Fall bringen, von ihrem absoluten Veto Gebrauch zu machen. (Lachen.) Bedenke man dazu, daß die Verfassung in Preußen durch eine Beamtenherrschaft, so groß oder größer als das Preussische Kriegsheer, gehandhabt werde, die sich der Gegenrevolution mit Eifer anschleife, erwäge man die Untersuchungen, die bereits eingeleitet, die Einkerkelungen, die verfügt seien, so werde man den Vergleich der Preussischen Zustände mit dem Rückschlage in Neapel nicht übertrieben finden. (Hört.) Die ganze alte schlechte Wirthschaft ist in Deutschland wieder in voller Blüthe! In Oesterreich wird an allen Orten reagirt, und hier im Hause ist wohl kaum Jemand, der nicht einen Bruder oder Freund im Kerker wüßte. (Widerspruch.) „Im Verfahren der Preussischen Gerichtshöfe, ich stehe nicht an, das zu sagen, erblicke ich eine schwachvolle Servilität.“ Unterbrechende Unruhe, Beifall von der Linken, Applaus von der Gallerie. Von der Rechten wird der Ordnungsruf gefordert.

Vize-Präsident Weseler: Ich werde den Redner nicht zur Ordnung rufen. (Stürmisches Bravo im Hause.) Man mag über seine Behauptung urtheilen, wie man will, so giebt sie doch dem Präsidenten keinen Anlaß zu einem disciplinarischen Verfahren.

Simon: Diesenigen, die mich zur Ordnung rufen wollen, vergessen, daß das Richteramt ein heiliges Priesterthum ist. Meine Herren! Sie können das Recht mächtig stärken, wenn Sie offen erklären, die Octroirung der Verfassung sei eine Rechtsverletzung, und das Recht des Volkes auf Vereinbarung bestche fort. Das ist mein Antrag. (Rauschender Beifall.)

Reichs-Minister der Finanzen, von Beckerath: Das formelle Recht ist in großen politischen Fragen nicht das allein Entscheidende. Ueberhaupt hat Simon mit Vorliebe die Schattenseite unserer Verhältnisse hervorgekehrt, und seine Behauptungen, in Bezug auf die Weigerung der Deutschen Regierungen, den Beschlüssen dieser Versammlung nachzukommen, sind unrichtig. Der Abgeordnete Uhlisch verlangt in seinem Antrage, daß diese Versammlung die politische Ehre und Freiheit des Volkes vertritt. Ich pflichte dem bei. Allein in dem Begriffe der Vereinbarung liegt auch das Recht der Verneinung für die Krone. Sie hätte daher die ganze Verfassung verwerfen können, welche die Versammlung beschloß. Was aber ist geschehen? Ich meine, die Regierung ist redlich bemüht gewesen, daß der Grundsatz der Vereinbarung aufrecht erhalten werde (Bewegung, Widerspruch und Beifall), und sie verdient die Vorwürfe nicht, die Herr Simon wider sie erhoben. Und zeigen nicht alle Vorgänge in Preußen, die Zustimmung=Adressen der Städte, das eifrige Eintreffen der Landwehren, daß die octroyirte Verfassung mit Freuden angenommen worden ist, daß sie bereits im Volke Wurzel geschlagen hat? Nach Herrn Simon's Verlangen aber käme es auch hier wieder auf die Annahme oder Ablehnung hinaus. Eines starren Prinzips wegen wollen wir aber nicht eine lebendige Welt in Trümmer schlagen. Nicht der Standpunkt des formellen Rechts ist der unsrige, und wenn man uns sagen will, daß die Preussische Verfassung auf der Willkür beruhe, so behaupte ich dagegen, daß sie vielmehr auf der höchsten politischen Nothwendigkeit beruht. (Beifall.)

Eine Anzahl von Mitgliedern der Linken beantragt Schluß der Debatte. Die Versammlung entscheidet sich jedoch für deren Fortsetzung, worauf Wachs muth aus Hannover gegen den Uebergang zur einfachen Tagesordnung und für die motivirte, sodann aber Götten aus Krotoschin für das Ausschüßverachten spricht. Die octroyirte Verfassung Preußens ist mehr als ein Staatsstreich, es ist der Umsturz der organisirten Anarchie. Die Berliner Versammlung ging die Bahn der Republik und des Konvents. Die Krone hat nur mit richtigem Takte erkannt, wenn der Zeitpunkt gekommen sei, den Schlund des Curtius zu schließen. Die Versammlung erhob das Wort „Reaktion“ zu einer Macht, mittelst deren es durch sieben Monate die Herrschaft an sich riß. Aber die Reaktion, wie sie uns dort zum Schreckbilde hingestellt ward, wäre ein Hohn gegen unser Volk und eine Verpöthung des Genies unserer Zeit. Im Namen des Deutschen Volkes nicht allein protestire ich gegen die Verleumdung der Reaktion, sondern auch im Namen der Deutschen Fürsten, die von jetzt an eine Ehre darin suchen werden, ihren Völkern in dem Gehorsam gegen die Constitution voranzugehen. (Beifall und Zischen dagegen.)

Martiny: Das schlimmste Ergebniß, welches uns aus der Preussischen Verfassungsfrage bedroht, ist der sittliche Einfluß, den der Sieg des Absolutismus auf das Rechtsgefühl, auf den Muth und die Zuversicht des Deutschen Volkes ausüben wird. Die Zeiten freilich sind vorüber, wo man von der Tribüne dieses Hauses mit Erfolg gegen die Könige donnerte (Gelächter), und der König von Preußen würde Ihnen für Ihren heutigen Beschluß den Gehorsam vertragen, wie er Ihre früheren Entscheidungen unbeachtet ließ! Wollen Sie ihn etwa mit Reichstruppen zwingen? Keine Korporalkraft steht Ihnen gegen ein gekröntes Haupt und für das Volk zu Gebote. Ich will daher so freimüthig sein, Ihnen auch meinen letzten Rath nicht vorzuenthalten: „Gehen Sie nach Hause!“ Bei diesem Schlusse Martiny's bricht die heitere Laune, mit welcher die Versammlung dem unbeholfenen Vortrage des Redners zugehört hat, in ein herzliches Lachen aus.

Wurm aus Hamburg hofft, daß man dem Rathe des „beredten Mannes“, der vor ihm auf der Tribüne gestanden, nicht so rasch folgen werde. Er vermisse in dem Ausschüßbericht den Ausdruck des sittlichen Unwillens, den die Versammlung zu empfinden habe, einem Staatsstreich gegenüber, wie die Auflösung der Berliner Versammlung und die octroyirte Verfassung ein solcher sei. Diesen Ausdruck des sittlichen Unwillens hält er für um so unerlässlicher, als in Preußen die Tribüne fehlt, ihm Worte zu verleihen. Von der Seite gerade müsse er ausgehen, die die Einheit darum über Alles stelle, weil dann die Freiheit von selbst kommen werde. Wurm fordert daher eine motivirte Tagesordnung. (Schluß folgt.)

Frankfurt a. M., den 3. Januar. Heute ist der Entwurf der Bestimmungen über das Reichsoberhaupt von Seiten des Verfassungsausschusses dem Druck übergeben worden. Eigentlich ist es kein Entwurf, da keins der Gutachten die absolute Majorität erlangt hat. Wie wir jetzt hören, hat sich die ganze linke Seite vereinigt, für einen wählbaren und periodischen Reichsstatthalter zu stimmen.

Es ist die noch unverbürgte Nachricht hier eingelaufen, daß die hannoversche Regierung gegen die Hegemonie Preußens in irgend welcher Form protestiren werde. Man spricht sogar davon, daß der ehemalige, jetzt nach Hannover verlegten Bremischen Zeitung zu versetzen gegeben worden sei, daß, wenn sie nur gegen Preußen aufstrebe, „sie so demokratisch sein könne, als sie wolle“, und sogar mit amtlichen Mittheilungen bevorzugt werden solle.

Frankfurt a. M., den 4. Januar. (C. P. N. 3.) Mehrere der ausgezeichnetsten hydrotechnischen Beamten Deutschlands, nämlich der Geheim-Ober-Baurath Hagen aus Berlin, der Ober-Baurath Lange aus Kassel und der Wasser-Baudirektor Hübner aus Hamburg, sind auf den Ruf des Reichs-Handels-Ministers Dackwitz hier eingetroffen, um bei der Entwurfung der Gesetze mitzuwirken, welche die Erhaltung und Verbesserung der Deutschen Wasserstraßen bei der bevorstehenden Aufhebung der Flußzölle sicher stellen sollen.

Leipzig, den 6. Januar. Der hiesige Deutsche Verein hat in seiner gestrigen Sitzung die Erklärung abgegeben, „daß er die Berufung Preußens an die Spitze von Deutschland in der durch die Reichs-Versammlung noch näher festzustellenden Form im Interesse Deutschlands für nothwendig halte und diese seine Ansicht in einer Adresse öffentlich aussprechen wolle.“

Altenburg, den 3. Januar. In Gemäßheit der Vereinbarung, welche zwischen dem Herzog und der Landschaft, wegen Vereinigung des Cameral- und Staatsvermögens und Festsetzung einer Civilliste getroffen worden ist, ist vom 1. Januar 1849 an eine gemeinsame Verwaltung des Cameral- und Obersteuervermögens in das Leben getreten, und ist einem neugebildeten Finanz-Collegium übertragen worden, welches, außer den vom Landesherrn zu ernennenden

ordentlichen Mitgliedern, auch aus den bisherigen landchaftlichen Beisitzern im Steuererrat, als ordentlichen und den Directorial-Mitgliedern der Landesbank als außerordentlichen besteht, so oft Angelegenheiten derselben zur Sprache kommen.

Gotha, den 1. Januar. Unsere seither von den Stürmen der Zeit wenig ergriffen gewesene Stadt befindet sich gegenwärtig in einer bedenklichen Aufregung. Obgleich die Sächsischen Garnisonen in die Kasernen gelegt worden ist, verlangt der Bürger- und Proletariatsstand dennoch, daß das ganze Militär aus der Stadt müsse, und um zum Ziele zu kommen, suchte man mit den einzelnen Soldaten Handel, verhödete die Offiziere und Gemeinen und reizte sie zur Gegenwehr. Mehrere Ungehörlichkeiten von Seiten des Militärs mußten die Blut nur noch schüren, und so kam es denn am 30. December zu einigen blutigen Thätlichkeiten auf den Straßen. Die Folge war, daß der Bürgerwehr-Kommandant gezwungen wurde, Generalmarsch schlagen zu lassen; anfangs standen sich Bürgeroldaten und Militär einander gegenüber, letzteres zog sich aber bald ohne den maßlosen Beschimpfungen und Verhöhnungen irgend einen Widerstand entgegen zu setzen, in die Kasernen zurück. In größter Eile wurden noch zwei Kompagnien von Anstadt hierher kommandirt (Nr. 3.) Die Regierung soll die unzweideutigsten Beweise in den Händen haben, daß man, sobald das Militär die Stadt verlassen, dem Landtage „vor das Quartier rücken will“, wie man sich bei uns ausdrückt. (D. N. 3.)

Kassel, den 6. Januar. In der gestrigen Sitzung der Stände-Versammlung begründete Herr Nebelthau seinen Antrag, das Oberhaupt des Deutschen Reiches betreffend, dahin: „Die Stände-Versammlung möchte zu Protokoll erklären, sie halte sich für berufen und verpflichtet, ihre Ansicht dahin auszusprechen, daß die erforderliche Würde und Macht der Deutschen Reichsgewalt und die Wohlfahrt Deutschlands nicht anders gewahrt erscheine, als wenn alsbald der König von Preußen als Reichsoberhaupt an Deutschlands Spitze gestellt werde.“ Herr von Sybel erweiterte diesen Antrag dahin, daß derselbe der Staats-Regierung mit dem Ersuchen mitzutheilen sei, sich denselben anzu eignen und ihren Gesandten bei der Centralgewalt in Frankfurt in diesem Sinne zu instruiren. Die Diskussion über diesen Antrag nahm fast die ganze Sitzung hinweg; es sprachen die Herren von Sybel, Henkel, Lederer, Theobald, Bahrhoffer, Decker und Berge; Herr Theobald allein gegen den Antrag, während Herr Bahrhoffer sich der Zustimmung enthalten zu wollen erklärte. Der kombinierte Antrag der Herren Nebelthau und von Sybel wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen. Herr von Sybel stellte hierauf seine bereits in der letzten Sitzung verkündigte Interpellation, ob hinsichtlich der in öffentlichen Blättern erwähnten und in der badischen zweiten Kammer durch den Abgeordneten Heuser zur Sprache gebrachten Gerüchte wegen väterlicher Sonderbündeleigenschaft in Verriß der Centralgewalt Anträge an die kurhessische Regierung gelangt seien. Der Vorstand des Ministeriums des Aeußern und des kaiserlichen Hauses, Geheim Rath Schenk zu Schweinsberg, erwiderte, dergleichen Anträge seien an die kurhessische Regierung nie gestellt worden; wenn die erwähnten Gerüchte wirklich, was sehr zweifelhaft sei, gegründet sein sollten, so habe man sich an Kurhessen gewiß aus demselben Grunde nicht gewendet, wie dieses von Baden gesagt werde: man habe einen solchen Antrag an Kurhessen nicht zu richten gewagt. (Lautes Bravo!)

Darmstadt, den 3. Jan. Der hiesige „Märzverein“ hat nach einem Berichte der „Neuen deutschen Zeitung“ beschlossen, unsern Abgeordneten zu Frankfurt aufzufordern, dafür zu stimmen, daß die famösen §§. 2 und 3 der Reichsverfassung unverändert beizubehalten und der Eintritt Oesterreichs in den Bundesstaat nothigenfalls zu erzwingen sei! Sollte man nicht glauben, irgend ein Schall habe sich den Spas gemacht, die im Märzverein versammelten Viedermänner zu verleiten, sich selbst zu prostituiren? meint das „Mannheimer Journal.“ Jener Beschluß hat hier vielfach Heiterkeit erregt, und man hat verschiedenen Führern des Märzvereins schon Rollen zugewiesen, welche sie in dem nach Oesterreich zu sendenden Reichsheer zu übernehmen hätten.

München, den 2. Jan. Mit dem jüngsten Lloyd ist der Freigattencapitain Brommy aus Griechenland in Triest angekommen, und sofort über Wien und Dresden nach Frankfurt weiter gereist, einem Rufe der Reichsgewalt zur Mitwirkung bei der Deutschen Flottenorganisation folgend. Capitain Brommy, ein geborner Sachse, diente früher in den Nordamerikanischen Freistaaten, und ging später als Philhellene nach Griechenland, wo er selbst bei den bescheidenen wohl kundigen Griechen den Ruf eines ausgezeichneten Flotten-offiziers genießt, und von woher er bei den meisten der im Dienste des Hellenenstaates gestandenen Vairischen Offiziere noch in freundschaftlichem Andenken steht.

Mainz, den 4. Januar. Man nennt als Kandidaten des durch den Tod des Herrn Dr. Kaiser erledigten bischöflichen Stuhles von Mainz, die Herren von Ketteler, Mitglied der Nationalversammlung; Lüst, Stadtpfarrer zu Darmstadt und Mitglied des Oberschulraths, und Lennig, Deputirter in unserer Stadt. Für den Erstgenannten sprechen sich die meisten Stimmen aus, und dürfte Herr v. Ketteler um so größere Aussicht haben, zu dem wichtigen Amte eines Bischofs von Mainz erhoben zu werden, als sich derselbe durch mehrere hier gehaltene Predigten als sehr ausgezeichneten Kanzelredner bewährt hat, und durch die Energie seines Charakters für die so schwierige Zeit besonders geeignet erscheint.

In Einsheim im Großherzogthum Baden hat der „Karlsruher Zeitung“ zufolge eine Sammlung für die Hinterlassenen des in Frankfurt ermordeten General Auerwald ein nicht minder gutes Ergebniß gehabt als die vorhergegangene für Robert Blum's Hinterbliebene. Wir erwähnen dies, weil es jedenfalls für die Stimmung bezeichnend ist.

Vom Neckar, den 31. Decbr. Die vor wenigen Tagen zu

Mainz erschienene Brochüre: „Einiges aus der Mappe des Feindes. v. Blittersdorff, vorm. Großh. Bad. Staatsminister und Bundestagsgesandter,“ ist im Kleinen ein Gegenstück zu Gager's bekanntem „Antheil an der Politik.“ Sie zeigt uns den Verfasser der mitgetheilten Aktenstücke (von 1833 bis 15. März 1848) als einen stets gleicherweise „monarchisch und bundesmäßig“ gestimmten Staatsmann, der das monarchische Prinzip und den Bund der Deutschen Souveraine durch Konzeptionen gegen die immer gewaltiger andrängenden Prinzipien der Volkssouverainität, der Repräsentativverfassung und der Nationalität zu wahren bemüht ist. Wir begnügen uns, für heute nur eine für unser Verhältniß zu Oesterreich höchst bedeutsame Aeußerung des Herrn v. B. mitzutheilen. Derselbe schrieb unterm 5. Nov. 1847 an den damaligen Oesterr. Staatsminister und Bundestags-Präsidialgesandten Grafen v. Münch-Bellinghausen unter Anderem Folgendes: „Erwäge ich den Gang, den das Oesterr. Kabinett seit 25 Jahren in allen Bundesangelegenheiten konsequent eingehalten hat, so ist es mir nicht zweifelhaft, daß dasselbe kein in sich geschlossenes Deutschland mit nationalen Tendenzen und gemeinschaftlicher Aktion will und wollen kann. Ein solches Deutschland könnte sich nur auf Kosten des Partikularismus der einzelnen Bundesstaaten bilden, und da Oesterreich seinen Partikularismus nicht mit dem Deutschlands verschmelzen und in demselben aufgehen lassen kann, eben so wenig aber auch von Deutschland wird ausscheiden wollen, so ist es selbstverständlich, daß der K. K. Hof der Bildung eines solchen neuen Deutschlands entgegen sein muß. Hierin begegnet sich das Interesse Oesterreichs mit dem Interesse der Dynastien der minder mächtigen Bundesstaaten. Eher noch würde sich Oesterreich mit der Einführung des reinen Repräsentativsystems in den einzelnen Bundesstaaten, als mit der Unterordnung dieser Staaten unter eine centrale Gewalt befreunden können.“ — Sapienti sat.

Wien, den 2. Januar. Die künftige Weglassung des Religionsbekenntnisses in Pässen, hat sich bestätigt, und ist deshalb ein Circular vom Minister des Innern an die politischen Behörden ergangen. Sowohl hieraus, als auch aus anderen Demonstrationen läßt sich mit Bestimmtheit abnehmen, daß das Ministerium auf gänzliche Gleichberechtigung aller Religionsbekenntnisse anträgt. — Eine weitere „Verordnung“ enthebt die Staatsbeamten von der ihnen früher auferlegten Verpflichtung, sich eidlich zu erklären, daß sie keiner geheimen Gesellschaft angehören. — Aus Ungarn erfährt man, daß das Gros der Armee vor Ofen steht, dahin aber nicht auf der gewöhnlichen, sondern auf der sogenannten Gleischackerstraße gelangt ist. Die Gesinnung der Bürger und selbst des Proletariats flößte Koffuth ein verächtliches Mißtrauen ein, daß eine allgemeine Entrüstung angeordnet ward.

Der Schaden, welchen die Octobertage anrichtet haben, stellt sich immer klarer heraus. Die Kasernen wurden am meisten von den gleichheitsanrebenden Proletariern mitgenommen. Ich will Ihnen eine kleine approximative Specification geben. Artilleriekaserne 40,000 fl., Cavalleriekaserne in der Leopoldstadt 22,000 fl., Gendarmekaserne 20,000 fl., Salgrieskaserne 37,000 fl., Neu-Marktkaserne 15,000 fl., Summe 132,000 fl. C. M. Der Betrag des Verlustes in diesen kaiserlichen Gebäuden beläuft sich also in Reichswährung gerechnet auf 177,500 fl. Denn nicht bloß die Monturdepots, auch die Habilitäten der Truppen wurden entwendet. Zählen Sie zu diesem Schaden auch den Verlust der Privaten, im runden Betrage von 31,250,000 fl. Reichswährung, so werden Sie sich ein Bild von der Erhebung des Octobers entwerfen können. Die Stadt soll nun Ersatz leisten, die Stadt, welche durch die vom Reichstagsausschüsse angeordnete Verschwendung während der 21 Aufrührertage fast zum Bettler geworden. Der eingelaufene Hilfszuschuß von auswärts beträgt 80,000 fl. C. M.; allein was ist dieser Tropfen in dem Meere von 28 Millionen? Spricht doch die Direction der Südbahn allein 2 Millionen Ersatz an! Ich glaube, diesen sollte das Aerar leisten, da kaiserliche Truppen daselbst so übel gehaust haben. Der Kaiser gab zwar auch 200,000 fl. zur Unterstützung der Verunglückten! Aber der Verlust ist so groß, daß solche Aushilfe nur verhältnißmäßig klein erscheint.

Wien, den 5. Januar. (Echl. Ztg.) Zuverlässigen Nachrichten zufolge, ist das erste Armee-Corps des Bundes Feind v. Jellachich am 2. Januar Abends vor Ofen angekommen. Heute trifft der Feldmarschall Fürst Windischgrätz mit dem 2. Armee-Corps dort ein, und es werden die Operationen in Verbindung mit den übrigen Corps unvorzüglich beginnen. Dienstag heftt man die Nachricht von der Einnahme Ofens und Pesths zu erhalten. Das schon seit längerer Zeit ohne Regiments-Inhaber gewesene Infanterie-Regiment Nr. 18. hat der Kaiser dem Großfürstlichen Gonstantin von Rußland verliehen. Der bisherige Oberfeldarzt der Armee Dr. Bischof ist unter Anerkennung seiner langen dem Staate geleisteten erprießlichen Dienste in den Ruhestand versetzt, und an dessen Stelle der hiesige dirigirende Stabsfeldarzt Dr. Kottmayer zum Oberfeldarzt ernannt worden. In einigen der hiesigen Spitäler sollen seit ein paar Tagen gegen 20 Cholerafälle vorgekommen und der größte Theil der Erkrankten bereits gestorben sein.

Von Menem verbreitete sich heute Mittag das Gerücht, Pesth habe sich übergeben, doch haben wir bei genauer Erkundigung keine offizielle Bestätigung des Gerüchtes gefunden. So viel ist gewiß, daß laut einem Armeebefehl alle Armee-corps am heutigen Tage in einem Umkreise von 3 Stunden vor Pesth erscheinen sollten.

Dem „Centralorgan“ zufolge soll in Pesth eine Contre-revolution unter Leitung des berühmten Deak gegen Koffuth und seine Partei sich gebildet haben. In einer Sitzung des Ungarischen Repräsentantenhauses habe Deak plötzlich eine dennernde Philippika gegen Koffuth's Politik mit solchem Erfolge gehalten, daß der Agitator ohnmächtig weggetragen werden mußte.

Aus Ungarn läuft übereinstimmend die Nachricht ein, daß Offiziere und Mannschaften der regulären Ungarischen Truppen haufenweise nach den kaiserlichen Lagern strömen. In Siebenbürgen sind furchtbare Verwüstungen angerichtet. Das unglückliche Land hat das Aussehen bekommen, als habe der wildeste Feind darin Jahre lang

gehanet. — Eine vollkommen verbürgte Angabe lautet, daß ein großer Theil der Oesterreichischen Ölgrenze, anfangend unterhalb Brody, dicht von Russischen Truppenmassen besetzt sei, während zwischen den Kabinetten von Petersburg und Olmutz fortwährend inniger und lebhafter Verkehr herrsche.

Der Freiwilligenzug Gurbans und Sturs ist abermals mißglückt und hatte schreckliche Repressalien zur Folge. Die Magyaren haben allenthalben insurgirte Slowaken an Bäume und Nothgallen gehängt, ja in Gsada einen Mann lebendig an die Mauer geschmiedet, damit er zu Tode friere.

Kremfier, den 4. Januar. Graf Stadion betrat gleich nach Eröffnung der heutigen Sitzung die Tribüne und legte im Namen des Gesamtministeriums gegen den §. 1. der Grundrechte (Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus) einen feierlichen Protest ein. — Der Minister des Innern erklärte, daß jener Paragraph auf einem vollständigen Verkennen des Reichsbodens beruhe, auf welchem der Reichstag sich befindet; er sei ein Eingriff in das monarchische Prinzip, welches in Oesterreich niemals in Frage gestellt worden sei, noch gestellt werden könne. Kaiser Ferdinand versprach am 15. März, Oesterreich eine Konstitution zu geben, und Tags darauf bewilligte er die Theilnahme des Volkes an der Legislation. Aber nicht einen Augenblick wurde das monarchische Prinzip aufgehoben oder auch nur abhängig gemacht von irgend einem Beschlusse des Reichstages. Nur die Anarchie, welche das Blut des edlen Kriegsministers vergossen, habe eine solche Verwirrung herbeigeführt. Herr Szabol machte den Antrag: die Verabreichung der Grundrechte bis zum 8. zu verschieben; er wies die hohe Wichtigkeit der ministeriellen Erklärung für die Zukunft der Verfassung nach und verlangte, daß die Mitglieder des Reichstages erst untereinander sich verständigten. Szabol's Antrag wurde angenommen.

Krakau, den 31. December. Hier hat die zum größten Theil katholische Bevölkerung den jüdischen Rabbiner zum Abgeordneten nach Kremfier gewählt. Gewiß eine merkwürdige Thatsache, wenn man bedenkt, mit welcher Verachtung bis vor Kurzem die Juden hier behandelt wurden.

Semlin, den 26. December. Der Oberst Mayerhoffer ist vorgestern von seiner Reise nach Siebenbürgen zurückgekehrt und hat ein Quantum von 200 Centnern Schießpulver mitgebracht. — Unsere Stadt hat 60,000 Gulden als freiwilligen Kriegsbeitrag der Centralkasse der Serbischen Weindochast beigesteuert.

U n s e r l a n d.

Frankreich.

Paris, den 4. Jan. National-Versammlung. Sitzung vom 4. Januar. Anfang 2½ Uhr. Präsident Marrast. An der Tagesordnung sind eine Menge Gesetzentwürfe von untergeordnetem Interesse. In erster Reihe steht ein Gesetzentwurf, welcher an das Dekret der provisorischen Regierung erinnert, das die Konkurrenz in den Gefängnissen abschafft. Marcel Barthe weist auf die Deutschen Bausängenen und das Berner Zuchthaus als Musterbilder hin, welche nachzuahmen seien. Die dortigen Sträflinge würden zu Zeugungs- und Ackerarbeiten in freier Luft verwendet und thäten darum der Privatproduktion keinen Schaden. Diejenigen aber, die in den Sälen arbeiteten, konsumirten ihre Produkte selber. (Beifall.) Galloux, Unterrichts-Minister, besteigt die Tribüne und sagt, er habe die Ehre, ein Dekret des Präsidenten der Republik zu überreichen, welches die Carnotschen Gesetz-Entwürfe rückfichtlich des Elementar- und Sekundär-Unterrichts zurückziehe. (Sensation.) Der Minister geht in eine Kritik jener Vorschläge Carnots ein. Barthelemy de St. Hilaire bekämpft die Einwendungen des Ministers im Namen der Akademie und findet sie unparlamentarisch. Galloux rechtfertigt sich. Reppelin trägt auf Ueberweisung des Dekrets an die Abtheilungen an. Odilon Barrot besteigt die Tribüne. Erhebend, daß man dem Kabinet das Recht bestreite, Gesetz-Entwürfe organischer Natur, wie der Carnotsche, zurückzuziehen und durch andere zu ersetzen, verteidigt er unter unzähligen Unterbrechungen das Recht der Initiative für die Exekutivgewalt. Galloux verteidigt das Recht des Ministeriums zur Initiative für alle Gesetze. (Lärmen.) Er hoffe, die National-Versammlung werde das heutige billigen. Dupont (Vassac) schlägt eine motivirte Tagesordnung vor, welche also lautet: „In Erwägung, daß die National-Versammlung allein das Recht habe, Unterrechtsgesetze zu verwerfen (mithin dem Ministerium ein desfallsiges Recht nicht zuzuschreiben), geht sie zur Tagesordnung über.“ Viele Stimmen: Einfache Tagesordnung. Die Versammlung verwirft denn auch die motivirte Tagesordnung und geht mit 442 gegen 302 Stimmen zur einfachen Tagesordnung über. Das Ministerium hat also in dieser Frage eine Majorität von 140 Stimmen.

Sitzung vom 5. Januar. Anfang 3 Uhr. Präsident Marrast. Marrast: „Ich benachrichtige die Versammlung, daß der Ausschuss zur Prüfung des Dekrets über die Verantwortlichkeit des Präsidenten und der Minister seine Arbeit vollendet hat. Eben so wird der Ausschuss, der das Staatsrathsgesetz prüfte, seine Arbeit am nächsten Dienstag der Versammlung vorlegen.“ (Beifall.) Hierauf nimmt die Versammlung die gestern abgebrochene Debatte über die Arbeit in den Gefängnissen wieder auf. Marrast unterbricht die Debatte, um der Versammlung das Resultat der in den Büreaux vorgenommenen Erneuerungswahlen von sechs Vice-Präsidenten und drei Secretairen anzuzeigen. Dieses Resultat ist folgendes: Zu Vice-Präsidenten wurden gewählt: 1) General Bedeau mit 583, 2) Corbon mit 403, 3) Gondchaux mit 413, 4) Gavin mit 371, 5) Lamoricière mit 413, 6) Villault mit 377 Stimmen. An der Wahl haben 656 Mitglieder Theil genommen. Die meisten Stimmen erhielten außerdem Vivien 283, Remusat 203, Vixio 304

Stimmen. Zu Secretairen wurden gewählt: Plan mit 420, Frederic Degeorge mit 878 und Richard mit 321 Stimmen. Die Rue de Poitiers hat keinen ihrer Kandidaten durchgesetzt, die Cavaignac-Marrast'sche Partei dagegen vollständig gesiegt. Nach dieser Proklamirung des Bureau-Personals nimmt die Versammlung die Gefängnis-Debatte wieder auf. Der erste Artikel des Kommissions-Entwurfs geht durch, und die Debatte wird dann auf morgen verschoben. Die Sitzung schließt um 6 Uhr.

Gestern Vormittags um 11 Uhr stürzte ein Mann in der Rue St. Honoré, unweit des Vendômeplatzes todt nieder. Die Aerzte, die seinen Leichnam untersuchten, bescheinigten, daß Hunger und Kälte die Ursache des Todes gewesen. Und so etwas geschieht in der guten Stadt Paris im Januar 1849. — Laram ist die Republik schuld: rufen die reactionären Nachtheulen.

Bei der letzten Krevue soll Changanier den Präsidenten der Republik mit Monseigneur angeredet haben und dieser Titel überhaupt im Elisee schon ganz gebräuchlich sein.

Die gestrigen Neujahrsfeierlichkeiten haben dem Ansehen des neuen Präsidenten sehr geschadet. Obgleich alle amtliche Reden verbeten waren, konnte es doch nicht fehlen, daß jeder Diplomat, jeder Behördenchef, jeder Korporationsvorstand u. Privatgespräche, zum Theil mit dem Staatsoberhaupt selbst, zum Theil mit den Ministern, anknüpfte. Auf diese Weise wurde manches gewichtige Wort gesprochen, und man hoffte, verstanden zu werden. Allein man konnte das allgemeine Ersauern namentlich auf denjenigen Gesichtern lesen, welche am vorigen Hofe die Beredsamkeit Louis Philipps so sehr zu bewundern Gelegenheit hatten. Der allgemeine Eindruck, den der neue Präsident machte, ist daher in den höchsten Kreisen schlecht, und die Angst davor, die jetzt dem neuen Staatsgebäude schon die Krone aufgesetzt und den Revolutionskrater geschossen zu haben wählten, steigt daher um so höher.

Gestern Vormittags, meldet die „Patrie“, begab sich der Präsident Louis Napoleon zu Fuß und ohne Gefolge (aber von einem Polizeichef begleitet, wohl zu bemerken) aus dem Elisee-National in die Magdalenen-Kirche und hörte dort in tiefer Andacht und inmitten der Menge des Volkes (!) eine Messe.

Eine große Anzahl von Offizieren der Bürgerwehr und der Linie versäufte sich nach dem amtlichen Empfange des Präsidenten zu dem Gen. Cavaignac, als dem vormaligen Haupt der vollziehenden Gewalt, und gab dort ihre Karten ab. — Am vorigen Sonnabend lud der Präsident Frn. E. Girardin, dessen Frau, Frn. Ducrice und noch vier andere Zeitungs-Mitarbeiter zu Tische. An demselben Tage gab auch der Gen. Changanier dem Generalstab der Bürgerwehr ein glänzendes „diplomatisches“ Mahl, welchem alle Minister beizuhnten, denen sich später noch der Präsident zugesellte. Um dieselbe Zeit sah Armand Marrast Cavaignac und dessen frühere Minister an seiner Tafel.

Ein Altkensstück von Wichtigkeit befindet sich heute im Moniteur. Es ist Frichon's Bericht, welchen dieser Namens des Ausschusses des Innern der National-Versammlung über eine Reorganisation des gesamten Kranken- und Vettelwesens der Französischen Republik, zunächst der Stadt Paris, erstattet. Jetzt lebt die Hälfte der hiesigen Bevölkerung von Almosen. Herr Frichon giebt die Summe für Paris allein auf jährlich 15 bis 20 Mill. Frs. an, die der Stadtrath durch eine städtische Unterstützungs-Kommission vertheilen soll. Die vorige Regierung unter Cavaignac wollte nur eine allgemeine Kommission eingesetzt wissen, die mehr den Charakter einer staatlichen als städtischen tragen sollte; allein Frichon, deutet auf so bedeutende Unterschleife hin, daß er auf Vertheilung jener 15 bis 20 Mill. durch eine Municipal-Kommission (und nicht Staats-Kommission) dringt. Gleichzeitig schlägt er einen Aufsichtsrath mit einem General-Direktor des Almosenwesens vor. Die Zahl der sämtlichen Pariser Krankenbetten in den Spitälern beträgt 7142, die etwa 100,000 Kranke jährlich aufnehmen. Die Zahl der Hilfsbedürftigen betrug im vorigen Winter 394,565 und ist jetzt, trotz der Deportation und Auswanderung bis auf 410,000 gestiegen. Von dieser Summe sind 93,568 Personen (in 37,480 Haushaltungen) durchaus arbeitsunfähig. Sie bilden den Hauptfonds des Pariser Elends.

Es sollen Schritte bei dem Präsidenten gethan worden sein, um der National-Versammlung einen Entwurf wegen Herstellung der Adelsmittel zugehen zu lassen. Auch sollen Mitglieder der National-Versammlung selbst einen solchen Entwurf vorzulegen beabsichtigen.

Fast alle Zeitungen enthalten eine geharnischte Erklärung mehrerer Deutscher Flüchtlinge gegen das Bestellsystem mehrerer in jüngster Zeit zugereisten sogenannten Freiheitsmährer aus Wien u. s. w.

Großbritannien und Irland.

London, den 4. Jan. Der heutige Globe sagt: „Die letzten Nachrichten aus dem neuen Kalifornien-Goldraus, welche das Schiff „Kanada“ mitgebracht, bestätigen die ersten Schätzungen des Goldreichtums jener ganzen Gegend eher, als daß sie dieselben erschütterten. Lieutenant Dozer, der Depeschen vom Gouverneur Mason und auch 20,000 Dollars an Werth in Goldstaub nach Washington überbrachte, berichtet: „Die Goldregion ist sehr groß, und es ist hinreichendes Erz dort vorhanden, um auf Generationen hin 100,000 Menschen eintägig zu beschäftigen. So weit die Entdeckungen bis jetzt reichen, findet sich das Gold auf einem Gebiet von 400 Engl. Meilen Länge und 150 Meilen Breite, und an Ertrag scheint kein Theil dieser Gegend der anderen voranzustehen. Im Fluße und auf dem ebenen Lande findet sich der Goldstaub; unter den Felsen aber und in den Hochlanden findet man das Gold in Klumpen von der Größe eines Schrotkorns bis zur Größe einer Faust, und durchaus gediegen. Dem Ansehen nach zu urtheilen, scheint es durch einen vulkanischen Ausbruch ausgeworfen zu sein.“ Und zu dieser außerordentlichen Merkwürdigkeit kommt, wie durch eine Ironie des Himmels, ein Klima hinzu, welches der Gier des Menschen kein Hinderniß entgegen-

setzt und ihr Raum giebt, ganz allein dieses eine Ziel zu verfolgen und darüber den unentbehrlichen Reichtum, welchen die Bebauung des Landes dem Boden abgewinnen würde, zu vernachlässigen!“

Unter allen Ministerien und unter allen Ministern muß wohl das Ministerium und der Minister des Kolonialwesens, Lord Grey, die meisten Angriffe erleiden; aber man macht ihn dabei für so mancherlei verantwortlich, was allein den Gouverneuren zur Last fällt. Das Morning Chronicle benutzt sogar eine allerdings kräftige Anekdote des Gouverneurs vom Kap an die Häuptlinge der Kaffern, die er am 7. Oct. zu Williams Town um sich versammelt hatte, zu einem Angriff auf Lord Grey, unter dem Vorwande, daß der Gouverneur, Sir H. Smith, der Doppelsieger in Ostindien und im Kaplande, sich so nicht benehmen konnte, wenn sein Verfahren nicht mit dem Grey'schen Systeme übereinstimme. Aber auch „Daily News“, ein der Richtung des Morning Chronicle ganz entgegengesetztes Blatt, beklagt sich über die Ansprache des Kapgouverneurs an die Wilden, die ungefähr in demselben Style gehalten ist, wie General Wrangel seine lieben Berliner anzureden pflegt. Sir H. Smith sagte unter andern: „Die Königin hat mir dies Papier geschickt;“ (bei diesen Worten erhob er eine Rolle Papier und warf sie sodann auf die Erde) „da liegt das Landesgesetz, soll nie geändert werden, kein Wechsel; dies hier (den Amtsstab oder den sog. „Unfeli“ emporhebend) ist der Stock, der es ausführen wird, ich habe Soldaten, es zu erzwingen“ u. s. w. Die Häuptlinge, die er einzeln anredete oder besser aufzurief, antworteten zurückhaltend und mit dem klingen Instinkt, der den Wilden eigen ist. Nachdem er ihnen vorgestellt, daß der Lord Bischof aus der Kapstadt herbeigekommen, um den Segen des Christenthums unter den Jhrigen zu verbreiten, wandte er sich an den Häuptling Jan Tzaboe mit den Worten: „Hast du nichts zu sagen? Du warst in England, hast dort die große Welt gesehen und hast bemerkt, daß da Niemand das Brod der Trägheit genießt, und doch, du Narr, wagst du mit den Kaffern gegen die Obmacht der Königin gemeinsame Sache zu machen. Hast du dem Lord Bischof nichts zu bemerken über die Art, wie sich die Erziehung unter deinen Landesleuten verbreiten läßt?“ Tzaboe antwortete geschickt: „Der Lord Bischof ist ein großer und weiser Mann, und der große Häuptling (Sir H. Smith) hat bereits bemerkt, daß ich ein Narr bin. Wie könnte ich also über diesen Gegenstand einen Rath erteilen? Der Lord Bischof wird am besten wissen, was er anzufangen hat.“

Schweiz.

Bern, den 1. Januar. Dem Bundesrathe ist amtlich mitgetheilt worden, daß mit dem 1. Januar 1849 die im Laufe des vorigen Jahres eingetretenen Zollserhöbungen von Seiten des Deutschen Zollvereins außer Kraft gesetzt werden, und die früheren Zollsätze wieder gelten.

Italien.

Der Neapolitanische „Conciliatore“ bringt die übrigens unverbürgte Nachricht, daß die Englisch-Französische Vermittlung für die beiden Sicilien aufgegeben sei. Von welcher Partei, wird nicht gesagt. Eine ausführliche Correspondenz aus Neapel in den Times deutet übrigens auf die Wahrscheinlichkeit eines solchen End-Erfolges hin. — Das Römische Ministerium hat endlich, dem Wunsche der Giunta und des Volkes nachgebend, am 26. Decbr. den Gesetzentwurf Behufs Bildung einer Italienischen Constituante vor die Kammer gebracht, jedoch mit so wenig Glück, daß der Entwurf unter den Mißfalls-Bezeugungen des Publikums verworfen wurde. Die Deputirten fanden es für gut, das Lokal ihrer Sitzungen zu verlassen. Nach der „Alba“ scheinen die Minister jetzt im Einverständnisse mit der Giunta selbständig handeln zu wollen. Also eine Art collectiver Dictatur. Das Ministerium war zu den energischsten Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung entschlossen, welche bedroht zu sein schien. Der an den Straßenenden angeschlagene Protest des Papstes soll vom Volke zerrissen worden sein. Inzwischen meldet die „Alba“, daß geheime Unterhandlungen mit dem Papste gepflogen werden, und man ging damit um, eine Bittschrift circuliren zu lassen, um ihn zur Rückkehr zu bewegen. — Unterdessen lauten die Nachrichten aus Nord-Italien immer kriegerischer. Die in Aussicht gestellte Aufhebung jeder Postverbindung mit Piemont wird in einem Schreiben aus Mailand vom 27. Decbr. als eine unwiderruflich beschlossene Maßregel und als ein Zeichen des bevorstehenden Krieges betrachtet. Man sucht in dieser Stadt auf allerlei Weise den Oesterreichern begreiflich zu machen, was in den Gemüthern vorgeht. Fast alle Frauen gehen in Trauerkleidern einher, wie man sagt, anonymen Aufforderungen zufolge, welche an sämtliche Frauen Mailands ergangen seien. — Nach dem „Corriere mercantile“ hat der König von Sardinien einen confidentiellen Agenten an die Französische Regierung abgeschickt mit dem Gesuche, man möchte einem Französischen General (man nennt Bedeau) erlauben, sein Heer zu beschließen. Ferner soll nach den Turiner Blättern vom 30. Dec. Gioberti mit der Auflösung der Sardinischen Kammern umgehen, weil er, obgleich er jetzt die Majorität hat, doch in die Länge nicht auf deren volle Unterstützung für seine krieglustigen Entwürfe zählen zu können meint. — Die offizielle „Piemontese Zeitung“ meldet nach Briefen aus Venedig vom 22. Decbr., daß die Oesterreicher bei einem unerwarteten Angriff auf Malghera durch päpstliche Truppen vom Regimente der Union, welche von Ancena nach Venedig gekommen waren, um in jenem Fort zu garnisoniren, mit dem Papone zurückgetrieben worden waren. — Aus Rom hat man Nachrichten bis zum 24. Decbr. Der Commandeur der dortigen National-Garde, Galliano, hatte in Folge eines Streits zwischen der vierten und fünften Legion seine Entlassung ein-

gereicht. Die oberste Junta führte in Abwesenheit des Papstes die Regierung fort. Der Dekret-Entwurf zur Einberufung der konstituierenden Versammlung war seiner Vollendung nahe und sollte den Kammer vorgelegt werden.

Schweden und Norwegen.

Christiania, den 26. Dec. (Börs. G.) In Bergen ist die Cholera ausgebrochen. Ein Bericht des Stifts Amtmannes und des Stadt-Physikus vom 19. meldet dem Minister des Innern, daß sich seit dem 10. Dec. Krankheitszufälle zeigten, von denen man nicht mehr bezweifeln könne, daß sie die asiatische Cholera seien. Bis zum 18. waren 11 Personen erkrankt, von denen 3 gestorben. Es ist so gleich ein Lazareth für 40 Kranke eingerichtet und eine Gesundheits-Kommission niedergesetzt. Das Wetter war ungewöhnlich mild und das Thermometer zeigte 14 Grad Wärme. Der Ausbruch der Krankheit hat, nach Privatbriefen, viel Besorgnis und Unruhe in der Stadt erregt. Man hofft, daß die Krankheit vor der Zeit der Frühlings-Heuringsfischei ihren Höhepunkt überstanden habe. Eine Schmiedsfrau wurde zuerst befallen und starb auf dem Wege nach dem Krankenhaus; darauf wurden ihr Mann und ihre Kinder befallen, von denen eins starb.

Amerika.

Dem „Morning-Chronicle“ wird in einer Privatcorrespondenz aus Washington geschrieben, daß die Amerikanische Regierung sich unverzüglich in den Besitz aller goldreichen Districte Californiens zu setzen gesonnen ist und zu dem Behufe beträchtliche militärische Kräfte dahin absenden wird, um dieses große und reiche Gebiet als Nationaleigenthum zu beschützen. Dieser Entschluß ist nach einer Uebereinkunft mit dem Congreß, an den der Präsident in dieser Angelegenheit eine spezielle Vorkast, in welcher er die Dringlichkeit jener Maßregel darthut, hat abgehen lassen, gefaßt worden. Von der Wirkung übrigens, welche die Entdeckung der erwähnten Minen in den Vereinigten Staaten hervorgebracht hat, kann man sich schwer einen Begriff machen. Das Verlangen, dort Schätze zu holen, hat sich, zumal in den Meerhäfen, fast zur Raserei gesteigert. Jeden Tag gehen von ihnen Expeditionen nach dem „neuen Eldorado“ ab. Auch in Washington und mehreren anderen Städten des Binnenlandes sind zahlreiche Meetings gehalten worden, die den Zweck haben, zur Ausbeutung jener Minen Gesellschaften zu bilden, und bereits werden für den sehr wahrscheinlichen Fall, daß die Regierung einige dieser Strecken den Spekulant in Pacht geben wollte, Kapitalien zusammengekauft. Diese Sucht ist noch gewachsen seitdem man weiß, daß jenes Gold von der feinsten Gattung ist, und die Unze 16 Dollars im Werthe hat. Seine Qualität ist so vorzüglich, daß eine ziemliche Quantität Mischung dazu gehören wird, um Goldmünzen nach dem in den Vereinigten Staaten gangbaren Cours daraus schlagen zu können. Die Menge dieses kostbaren Metalls, das der Boden Californiens in sich trägt, wird auf 1000 Millionen Pfund Sterling geschätzt, eine Rechnung, die nicht übertrieben erscheinen wird, wenn man erwägt, daß dieser goldreiche Boden gerade so groß ist, wie ganz England.

Asien.

Die Ueberlandpost hat Nachrichten aus Bombay bis zum 3. Decbr. mitgebracht. Die Truppen, welche gegen Mooltan verwendet werden sollen, hatten Befehl zum Vorrücken erhalten. Am Chenaub standen unter Lord Gough's unmittelbarem Befehle 20,000 Mann mit 70 Kanonen. Sie sollten nach Norden hin dem Feinde entgegenziehen. Ein angeblich über 15,000 Mann starkes Insurgenten-Corps war unter Ehre Singh und einem Bruder des Moolraj jenseits des Jhelum aufgestellt; Chuttur Sing befand sich mit einem andern Corps in der Nähe von Peshawur. Da die aus Eingebornen bestehenden Truppen zu Peshawur sich gegen ihre Britischen Befehlshaber empört hatten, so waren diese genöthigt gewesen, sich vorläufig nach Kohat zu flüchten. Der Mooltan war es zum Gefecht gekommen; die Britischen Truppen hatten den Feind zurückgetrieben und 5 Kanonen erbeutet. Den entscheidenden Kampf wollte der Britische Oberbefehlshaber aber erst nach Zusammenziehung aller seiner Truppen beginnen, die zu 50—60,000 Mann angegeben werden. — Zu Bombay waren die Preise der Europäischen Fabrikate höher gegangen, weil in den letzten Wochen nur sehr geringe Zufuhren angelangt waren.

[Für den hier folgenden Theilist die Redaction nicht verantwortlich.]

Die Wahlen für die Preussischen Kammern betr. Von Seiten der hiesigen Polen sowohl, als von Seiten der mit diesen ihr Geschäft in Compagnie treibenden Ultra-Demokraten Deutschlands, ist und wird noch ohne Unterlaß der hiesigen deutschen Bevölkerung der Vorwurf gemacht, daß sie nur aus zusammengelaufenen Beamten aller Weltegenden bestiche und ein deutscher Bürgerstand oder ein anderes Deutschthum hier gar nicht existire.

Der Einfluß, den beide Partheien in vielen Gegenden Preussens und Deutschlands üben, und den sie durch ihr geschicktes Wühlen und Manöviriren nicht ohne Erfolg emsig zu erweitern streben, dürfte der deutschen Bevölkerung, namentlich der hiesigen Stadt, wo, im Verhältnis zur ganzen Provinz, der Beamtenstand am stärksten vertreten ist, die Verpflichtung auferlegen, schärfende Vorbehalte vom Gegentheil jener feindlichen und verdächtigen Behauptungen zu liefern.

Die bevorstehenden Wahlen dürften die passendste Gelegenheit dafür bieten, wenn zu Wahlmännern nur Männer aus dem Bürgerstande gewählt werden — und in der Uebersetzung von der Nothwendigkeit eines solchen Vorbehalts werden die Beamten im Interesse des gesammten hiesigen Deutschthums, von dem sie ja mit umschlungen werden, gewiß gern zurücktreten, zumal die Wahl von tüchtigen Wahlmännern aus dem Bürgerstande, der hier so zahlreich vertreten ist, nicht schwer fallen kann.

Dies hat hiermit zur VBerzierung empfehlen wollen ein Beamte.

Marktberichte. Posen, den 8. Januar.

(Der Schfl. zu 16 Mz. Preuß.)
Weizen 1 Rthlr. 18 Sgr. 11 Pf. bis 1 Rthlr. 27 Sgr. 9 Pf.
Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Gerste 22 Sgr. 3

Pf. bis 26 Sgr. 8 Pf. Hafer 13 Sgr. 4 Pf. bis 15 Sgr. 7 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Kartoffeln 8 Sgr. bis 9 Sgr. Heu der Centner 17 Sgr. 6 Pf. bis 22 Sgr. Stroh das Schock 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter der Garniz zu 8 Pfund 1 Rthlr. 20 Sgr. bis 1 Rthlr. 25 Sgr.

Berlin, den 8. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco 26—27½ Rthlr., p. Frühjahr 82½ Pf. 28½ Rthlr. Br., 28 S. Gerste, große loco 23—25 Rthlr., kleine 18—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15—16 Rthlr., p. Frühjahr 48½ Pf. 15½ Rthlr. Br. Rüböl loco 12½ Rthlr. bez., 12½ S. p. diesen Monat dito, Jan./Febr. 12½ a 12½ Rthlr. Febr./März 12½ Rthlr. Br., 12½ bez., ½ S. März/April 12½ Rthlr. Br. u. bez., 12½ S. April/Mai 12½ Rthlr. Br., 12½ S. — Leinöl 9½ Rthlr., Lieferung p. April/Mai 10 Br. — Spiritus loco ohne Faß 14½ Rthlr. verk., p. Jan. 15 Rthlr. Br., 14½ S. Febr. 15½ Rthlr. Br., 15½ S. p. Frühjahr 16½ Rthlr. Br. 16½ S.

Berliner Börse.

Den 8. Januar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiv. Anleihe	5	101½	—
Staats-Schuldseine	3½	79½	—
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	96	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	83½	—
Grossh. Posener	4	96½	96
Ostpreussische	3½	81½	—
Pommersche	3½	—	90½
Kur- u. Neumärk.	3½	91½	—
Schlesische	3½	—	—
v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	92½	—
Friedrichsd'or	—	13½	13½
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12½	12½
Disconto	—	—	4½
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	80
Prioritäts	1	88	—
Berlin-Hamburger	4	—	—
Prioritäts	4½	—	93½
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	62½	62
Prior. A. B.	4	85½	—
Berlin-Stettiner	5	—	95
Cöln-Mindener	4	89½	—
Prioritäts	3½	80	—
Magdeburg-Halberstädter	4½	—	93½
Niederschles.-Märkische	4	—	—
Prioritäts	3½	72	72
III. Serie	4	88	—
Ober-Schlesische Litt. A.	5	—	98½
B.	5	95½	—
Rheinische	3½	—	95½
Stamm-Prioritäts	3½	—	93½
Prioritäts	4	—	—
v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	50	—
Stargard-Posener	4	72	—

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: G. Gensel.

So eben erschien in dritter Auflage:

Der persönliche Schutz.

Medizinische Abhandlung über die Ehe und ihre geheimen Störungen, über die Gebrechen der Jugend und des reiferen Alters, die größtentheils die Nachwehen von Vergehen der Kindheit sind, nach und nach alle Körper- und Geisteskräfte zerstören, alles Feuer und endlich selbst die Attribute der Männlichkeit vernichten; erläutert mit 40 Abbild. (größter und anschaulicher als die 25 der 1. Aufl.) in farbigem Druck, betreffend die Anatomie, Physiologie und die Krankheiten der Zeugungstheile mit für Jedermann faßlicher Beschreibung des Baues, des Gebrauchs und der Funktionen derselben, sowie der durch Onanie und Ausschweifungen auf sie hervorgebrachten Wirkungen u. d. h. prakt. Bemerkungen über die heimlichen Gewohnheiten auf Schulen u. über Nervenschwäche, Impotenz, Unfruchtbarkeit, syphilitische Krankheiten, über Rheumatismus, Gicht, Rückenmarksaffectationen, Lungenleiden, Abzehrung u. Anhang: Moyens préservatifs contre l'infection. — Von Dr. Samuel LaMert, prakt. Arzte in London u. 8. 136 S. In Umschlag versiegelt. — Preis: 1 Ducaten (3 Rthlr. 6 Sgr.).

Dieses merkwürdige Buch sollte sich in Aller Händen befinden: es kann mit Wahrheit behauptet werden, daß über die verhandelten Gegenstände nie ein auch nur entfernt ähnliches jemals gedruckt worden ist. — Es ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direkt durch die Post (bei Angabe von bloßen Chiffren auch poste restante), gegen portofreie Einsendung des obigen Preises, von Herrn Laurentius, Dorotheenstr. Nr. 1. in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft erteilt, zu beziehen.

Unsere heute vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir Freunden und Bekannten hiermit ergebenst an.

Posen, den 9. Januar 1849.

August Verndt, Mühlentbesitzer zu Witobel,
Ottilie Verndt, geb. Richter.

Auf dem im Schrimmer Kreise des Großherzogthums Posen belegenen Rittergute Konarskie hatten Rubrica III.:

a) No. 11. 166 Zhlr. 20 Sgr., nebst 5 Prozent Zinsen seit Johannis 1831 für die Anastasia von Rutkowska'sche Nachlassmasse, aus dem Privatschuldseine des August v. Sulewicz, vom 27. Juni 1823 und dem zwischen ihm und dem Justizkommissarius Maciejowski, als Mandatar der gedachten Nachlassmasse am 2. März 1832 gerichtlichen geschlossenen Vergleich, ex decreto vom 3. November 1834, worüber nach erfolgter Zahlung Seitens des August von Sulewicz von dem Justizkommissarius Weimann, als dem der Anastasia von Rutkowska'schen Nachlassmasse bestellten Kurator am 28. December 1838 notariell quittirt worden ist;

b) No. 12. 344 Zhlr. 15 Sgr. 11 Pf., zu 5 Prozent verzinslich, für den Kreis-Physikus Dr. Joseph Morawa zu Schrimm, aus der

notariellen Schuldurkunde der Marianna v. Chlapowska vom 3. Juli 1838, ex decreto vom 12. Juli 1838, welche am 25. Juni 1840 der Emilie v. Chlapowska, geborenen v. Koczorowska notariell edirt worden sind; und c) No. 13. 1000 Zhlr., nebst 5 Prozent Zinsen und Einziehungskosten für den Kaufmann Simon Meyer Samter zu Posen, aus der notariellen Schuldurkunde der Marianna v. Chlapowska vom 16. März 1839, ex decreto vom 20. März 1839, welche am 29. Juli 1839 an den Baron von Kottwitz und am 1. Juli 1840 von diesem an die Emilie von Chlapowska, geborenen v. Koczorowska, notariell edirt worden sind.

Die Schuldurkunden und die beziehungsweise am 13. Nov. 1834, 23. Aug. 1838 und 11. April 1839 erteilten Hypothekenerkognitionsscheine über diese Posten sollen bei der Emilie v. Chlapowska, geborenen v. Koczorowska, verloren gegangen sein. Auf den Antrag der Louise Wisliceny, gebornen v. Koczorowska, als gegenwärtigen Pessigerin von Konarskie, werden alle diejenigen, welche als Eigenthümer, Erben, Cessionarier, Pfandinhaber, oder aus irgend einem anderen Rechtsgrunde Ansprüche an die vorstehend bezeichneten Forderungen und Dokumente zu haben vermaßen, aufgefordert, solche spätestens in dem am

16ten März 1849 Vormittags 10 Uhr

in unserem Instruktionszimmer vor dem Oberlandesgerichtspräsidenten Landowski anstehenden Termine anzumelden, widrigenfalls sie damit präkludirt werden sollen und die Lösung der aufgeborenen Hypothekenposten erfolgen wird.

Posen, den 9. Oktober 1848.

Königliches Ober-Landesgericht.
Abtheilung für Prozeß-Sachen.

Nothwendiger Verkauf.

Ober-Landesgericht zu Bromberg.

Das im Mogilnoer Kreise belegene, landschaftlich auf 107,042 Rthlr. 28 Sgr. 5 Pf. abgeschätzte, und laut Adjudikations-Beschlusses vom 7. December 1847 für das Meistgebot von 100,000 Rthlr. zugeschlagene adeliche Gut Orchow, soll im Wege der Realoffertur

am 12ten Februar 1849 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Taxe, Hypothekenschein und Kaufbedingungen können in der Registratur eingesehen werden.

Wein-Auktion.

Donnerstag den 11. Januar Vormittags von 10 Uhr ab sollen für auswärtige Rechnung im Auktions-Lokal Friedrichstraße No. 30. 400 Flaschen süßer Ungarwein, so wie auch 170 Flaschen Franzöf. Rothwein in Partien à 10 Flaschen öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden. Anschüß.

Ein Laden nebst Wohnung in der Pädlerstraße Nr. 14, worin seit geraumer Zeit das Material-Geschäft mit gutem Erfolge geführt worden ist, kann vom 1sten April c. ab anderweit vermiethet werden. Näheres beim Wirth, Kaufmann Tabulski, Breslauerstraße Nr. 11. im Laden.

Wirthschafts-Claven finden ein sofortiges Unterkommen auf einer Herrschaft, wo außer der Landwirtschaft, Forstbau und Fabrikwesen betrieben wird. Die Bedingungen sind durch portofreie Briefe bei dem Inspektor Püschel in Baersdorf bei Bojanowo zu erfahren.

Wegen Verlegung stehen von heute ab erst vor ganz kurzer Zeit in Berlin neugekaufte Mahagoni-Möbel, ein Flügel-Portepiano, 2 messing. Schiebelampen, achtes Porzellan und Küchengerrath zum Verkauf: Berlinerstr. No. 15. c. 2 Treppen hoch.

Posen, den 7. Januar 1849.

Den Commis Heimann Bremer habe ich am 7ten d. Mts. aus meinem Geschäft entlassen. Meyer A. Munk.

Auf einem in guter Kultur befindlichen, gerichtlich auf 21,181 Rthlr. 26 Sgr. 8 Pf. abgeschätzten Erbpachts-Vorwerk, 3 Meilen von Posen entfernt, stehen zur ersten Hypothek 2000 Rthlr. eingetragen, welche unter annehmbaren Bedingung acquirirt werden können. Das Nähere darüber erfährt man in der Expedition dieser Zeitung sub littera C. Z.

Jetzt verkaufe ich mein Brod auf dem neuen Tische No. 23. und ist auch im Hause kleine Gerberstraße No. 19. täglich frisch, fein und groß zu 5 Sgr. zu haben. Auf dem Brode ist No. 12. Nowacki.

Münchberger Leckerle.

Eine Sorte Pfefferkuchen, sehr schmackhaft, Pfund 10 Sgr.

Berliner Fruchtbonbons

à Pfund 15 Sgr. empfiehlt
Neuestraße. Ludwig Johann Meyer.

Schweinefleisch
bester Qualität, à Pfd. 6 Sgr., guten geräucherten Speck à Pfd. 7 Sgr., ist von jetzt an stets zu haben Bronkrstraße No. 16. und Friedrichstraße No. 19. bei
Morchel.

Heute Mittwoch den 10. Januar

im Saale des Hôtel de Saxe:

Vorlesung des Konzerts à la Strauss,
Harps, Kapellmeister.

Bürger-Gesellschaft.

Donnerstag, den 11. Januar c. Großes Concert.
Anfang 7 Uhr Abends.